

# Unmut über Badi-Entscheid

Der knappe Entscheid des Einwohnerrats, neue Badi-Varianten ausarbeiten zu lassen, wird von einigen Thaynger Einwohnerräten scharf kritisiert. Man laufe deswegen Gefahr, über Jahre gar keine Badi zu haben.

Tobias Bolli

THAYNGEN. Die Thaynger Stimmbevölkerung muss sich weiterhin in Geduld üben. Am vergangenen Donnerstag lehnte es der Einwohnerrat ab, zwei Varianten für eine Erneuerung der sanierungsbedürftigen Badi Büte vors Volk zu bringen. Die SVP/EDU-Fraktion reichte einen Rückweisungsantrag ein, der die Ausarbeitung von zwei neuen Varianten fordert. Diese sollen unter keinen Umständen mehr als 9,9 Millionen Franken kosten. Da bei Vorprojekten mit einer Kostenungenauigkeit von plus oder minus 15 Prozent gerechnet wird, ist der Baukredit de facto auf etwa 8,6 Millionen Franken beschränkt (die SN berichteten).

Der Rückweisungsantrag kam mit einer knappen Mehrheit von acht gegen sieben Stimmen zustande, nachdem sich die SP überraschenderweise hinter den Antrag der SVP gestellt hatte. Man wolle eine gute Badi, aber sich gleichzeitig finanziell nicht übernehmen, argumentierte die SVP. Thayngen müsse imstande sein, künftig noch andere grosse Bauprojekte zu realisieren. Karin Germann (SVP) wies auch auf die laufenden Kosten hin, welche es bei einer Renovation der Badi zu beachten gelte.

Die übrigen Parteien – namentlich die Grünen, FDP, EVP und GLP – zeigen sich ausgesprochen enttäuscht über die verschobene Abstimmung. In einer Stellungnahme kritisieren sie, dass sich die Sanierung der Badi nun «auf unbestimmte Zeit» verzögern werde. Zwar hatte die SVP in ihrem Rückweisungsantrag gefordert, die Badi wie ursprünglich geplant bis 2024 fertigzustellen. Laut Aussagen von Baureferent Christoph Meister kann dieser Fahrplan nun aber nicht mehr eingehalten werden. «Wir werden die Badi-Kommission wohl neu besetzen müssen», sagt er. Die Kritiker der abgelehnten Varianten müssten darin Einsitz nehmen, ansonsten habe man keine Gewähr, dass die neuen Varianten mehrheitsfähig werden.

Die Rückweisung der beiden vorgeschlagenen Varianten wird von den anderen Einwohnerräten als arrogant empfunden. So sei die Entscheidung der unheiligen Allianz von SVP und SP «schlichtweg überheblich – einerseits gegenüber der Badi-Kommission, andererseits aber vor allem auch gegenüber den eigenen Wählern, welche sich nun weiterhin nicht äussern dürfen», schreiben Exponenten der Grünen, FDP, EVP und GLP. Es ist jedoch anzumerken, dass Doris Brügel (Grüne) mit der Arbeit der Badi-Kommission offenbar selbst nicht ganz zufrieden war. An der Einwohnerratssitzung regte sie, ohne freilich gleich einen Rückweisungsantrag zu lancieren, bedeutende Änderungen an der weniger kostspieligen Variante an.



Die alte Badi dürfte nach dem Entscheid des Einwohnerrats noch einige Jahre bestehen bleiben.

BILD TOBIAS BOLLI

## «Wir hätten zu wenig Badi für zu viel Geld bekommen.»

Marco Passafaro  
Einwohnerrat SP

merken, dass Doris Brügel (Grüne) mit der Arbeit der Badi-Kommission offenbar selbst nicht ganz zufrieden war. An der Einwohnerratssitzung regte sie, ohne freilich gleich einen Rückweisungsantrag zu lancieren, bedeutende Änderungen an der weniger kostspieligen Variante an.

### Schwierige Ausgangslage

Die Kommissionsarbeit werde angesichts des Kostendrucks schwierig, meint Baureferent Meister. Die Erwartung der SP, mindestens eine Variante mit einem 50 Meter langen Becken auszuarbeiten, sei unter Einhaltung eines Baukredits von 8,6 Millionen Franken kaum in befriedigender Weise zu erfüllen. Konkret habe die Verlängerung des Beckens Mehrkosten von etwa einer Million Franken zur Folge – eine Summe, die nur mit Biegen und Brechen an anderen Orten eingespart werden könne. Marco Passafaro (SP) stellt derweil klar, dass die SP in Bezug auf die Kostenobergrenze flexibler sei als die SVP. «Wenn es neun Millionen werden, dann werden es

neun Millionen», sagt Passafaro. Wichtig sei auf jeden Fall, mindestens noch eine Zweitofferte einzuholen. «Unser Eindruck ist, dass wir die Badi günstiger bauen könnten, als uns von der Firma Beck vorgerechnet wurde.» Mit den abgelehnten Varianten hätte man «zu wenig Badi für zu viel Geld» bekommen, ist Passafaro überzeugt.

Die Grünen, FDP, EVP und GLP befürchten nach der Rückweisung schmerzliche Konsequenzen. Man laufe aufgrund der Verzögerung Gefahr, während einigen Jahren ganz ohne Badi auskommen zu müssen, schreiben sie in einer Stellungnahme. «Ich bin enttäuscht, dass ausgerechnet die Volkspartei das Volk nicht entscheiden lassen wollte», sagt Hannes Wipf (GLP). Zwar sei es legitim, die Kostenfrage zu stellen, vor allem wenn man die Badi nicht als absolute Notwendigkeit betrachte. Er befürchte aber, dass nun zwei abgespeckte Varianten ausgearbeitet werden und diese dann erneut vom Einwohnerrat abgelehnt werden. «Zumal wir bis dann weiterhin nicht wissen, was die Bevölkerung wirklich will», so Wipf.

## Verein will altem Schulhaus neues Leben einhauchen

HEMISHOFEN. Um einen Ort zu erschaffen, an dem lebendige Begegnungen stattfinden, aktive Gemeinschaft gepflegt und sich Einheimische und Zugewandte zum gemeinsamen Austausch treffen können, haben am 17. Januar 14 Personen im ehemaligen Kindergarten von Hemishofen den neuen Verein «Schulhaus Hemishofen» gegründet. Die Anwesenden wählten aus ihren Reihen den Vereinsvorstand mit Präsidentin Linda Stoll, Aktuar/Vizepräsident Raimondo Vincenti sowie Corinne Cantieni (Finanzen).

Zudem wurden die drei Arbeitsgruppen Kommunikation und Fundraising, Businessplan und Betriebskonzept sowie Umbau gebildet. Wie bereits mehrfach berichtet, wurde die Dorfschule in Hemishofen mit Ende des vergangenen Schuljahrs geschlossen. Die Gemeinde ist momentan unter Einbezug eines Fachbüros damit beschäftigt, Konzepte für die Nutzung des leer stehenden Gebäudes zu erarbeiten. (tma/r.)

## Planungsaufträge für Schulhaus Schanz vergeben

STEIN AM RHEIN. Für die Projektierungsarbeiten rund um die Sanierung des Schulhauses Schanz inklusive der Aufwertung der Aussenräume hatte der Steiner Einwohnerrat am 18. Juni 2021 einen Planungskredit über 460 000 Franken genehmigt. In der Zwischenzeit hat ein Submissionsverfahren für den Planungsauftrag stattgefunden. Gemäss einer Mitteilung des Stadtrats von gestern, geht der Zuschlag für die Planung an das Planungsbüro Häberli Heinzer Steiger aus Winterthur. Für die Aussenraumplanung hat das Landschaftsarchitekturbüro Bösch aus Schaffhausen den Zuschlag erhalten. Die vom Stadtrat eingesetzte Projektorganisation wird ihre Arbeit zusammen mit den Planungsbüros demnächst aufnehmen. (tma/r.)

# Mit sozialer und ökologischer Ader

Die SP möchte nach dem Rücktritt von Fraktionsmitglied Ruedi Vetterli (parteilos) ihren Fraktionssitz im Steiner Einwohnerrat halten und hat Waltraud Zepf Getto für die Ersatzwahl am 13. Februar nominiert.

STEIN AM RHEIN. Waltraud Zepf Getto wohnt seit 2004 in Stein am Rhein und hat hier schon einiges bewegt. Gleich nachdem sie im Städtchen ankam, hatte sie sich für Freiwilligenarbeit bei «benevol» angemeldet und ist dort immer mal wieder in verschiedenen Bereichen tätig. Nachdem 2009 fünf Flüchtlinge aus Eritrea/Äthiopien und vier Flüchtlinge aus Somalia nach Stein am Rhein gekommen waren, kümmerte sie sich auf Bitte des Sozialamts um diese Menschen und hat noch heute Kontakt zu ihnen. «Das war keine einfache Aufgabe, da ich ja bis anhin nie etwas mit Flüchtlingen zu tun hatte und mich erst einmal schlau machen musste, woher diese Menschen denn kamen und was der Hintergrund für deren Flucht war», so Zepf Getto.

Durch die Arbeit mit Flüchtlingen habe sie auch gesehen, dass in Stein am Rhein mehr Hilfe und Unterstützung für Betagte nötig sei. Mit Pius Breitenmoser habe sie daraufhin 2016 den gemeinnützigen Verein Hand-in-Hand Stein am Rhein/Hemishofen gegründet. Für die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde ist sie ebenfalls regelmässig als Beiständin im Einsatz. Zu ihrer Motivation für die Kandidatur zum Einwohnerrat sagt sie: «Es ist mir ein Anliegen, dass wir in Stein gut aufeinander achten und uns gegenseitig helfen und unterstützen – ohne Ansehen von Alter oder Herkunft.» Auch müsse



Waltraud Zepf Getto will für die SP in den Steiner Einwohnerrat.

BILD ZVG

man dafür sorgen, dass die Umwelt auch für spätere Generationen noch lebenswert bleibe und dies, ohne die Wirtschaftlichkeit völlig ausser Acht zu lassen».

### In vielen Bereichen tätig gewesen

Zepf Getto wurde als Auslandsschweizerin in Bregenz geboren, wo sie auch die Schule besuchte und mit Abitur abschloss. Anschliessend absolvierte sie eine Ausbildung zur Röntgenassistentin an der Uni-Klinik in Innsbruck. Seit 1977 lebt sie in der Schweiz, als sie ihre erste Stelle in Interlaken am Regionalhospital fand. Danach arbeitete sie im Waidspital in Zürich, um dann den Beruf zu

wechseln und über zehn Jahre lang als Anwaltssekretärin in Zürich zu arbeiten. Um ihre sprachlichen Kenntnisse etwas intensiver einbringen zu können – sie spricht Englisch, Französisch und Spanisch – wechselte sie in eine grosse internationale Wirtschaftskanzlei und war dort fast 15 Jahre für einen Spezialisten für Handelsschiedsgerichtsbarkeit tätig. Während dieser Zeit absolvierte sie berufsbegleitend eine Managementausbildung. «Aus meinem privaten Umfeld heraus wurde mir dann der Aufbau und die Führung des Büros für eine international bekannte Opernsängerin angeboten und ich sagte zu. Es folgten einige Jahre von überaus interessanter und vielfältiger Tätigkeit vor den Toren Zürichs und in der Welt», erzählt Zepf Getto.

Private Gründe hätten sie 2004 nach Stein am Rhein gebracht. Sie gründete ihre eigene Firma, die anfänglich noch im künstlerischen Management tätig war, später dann Dienste im Bereich allgemeiner Administration, Buchhaltung und Personal anbot. So war sie auch in den letzten Berufsjahren beim Aufbau eines Rechenzentrums im gesamten kaufmännischen Spektrum tätig. Sie verliess das Unternehmen, nachdem dieses ins Ausland verkauft wurde. Seither ist Waltraud Zepf Getto im «Unruhestand» vermehrt für die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde und im Verein Hand-in-Hand tätig. (r.)

## Aus den Parteien

### Thaynger Badi: Die 30-Meter-Variante musste verhindert werden

In der Thaynger Einwohnerratssitzung vom Donnerstag wurde heftig über die Badi gestritten. Der Einwohnerrat hatte zwei Vorschläge vorliegen – einen teuren für 12 Millionen Franken und einen abgespeckten mit einem 33-Meter-Becken für 8,3 Millionen Franken.

Die SP-Fraktion glaubt, dass ein grosser Teil der bürgerlichen Wählerschaft die 8-Millionen-Variante bevorzugen würde, wenn nur diese zwei Varianten zur Auswahl stehen. Obwohl die Verlockung der 12-Millionen-Variante gross war, glaubt die SP-Fraktion, dass der Kompromiss in Thayngen nicht die 12-Millionen-Variante ist und die 8,3-Millionen-Variante bei den politischen Machtverhältnissen in Thayngen sehr wahrscheinlich angenommen worden wäre. Deshalb hatte die SP-Fraktion im Vorfeld der Sitzung das Gespräch gesucht.

### Kompromiss mit der SVP

Von den bürgerlichen Parteien hatte sich aber nur die SVP gesprächsbereit gezeigt und klar signalisiert, dass sie keinen Vorschlag über 10 Millionen Franken unterstützen würden. Nach einer intensiven Diskussion im Vorfeld der Einwohnerratssitzung wurde mit der SVP-Fraktion ein Kompromiss erarbeitet. Um die ungeliebte 33-Meter-Variante zu verhindern, war die

einzige Möglichkeit die Ablehnung der gemeinderätlichen Vorlage und die Forderung nach einer zusätzlichen, günstigeren 50-Meter-Variante. Die Fraktion hat sich deshalb schweren Herzens entschieden, dem Rückweisungsantrag der SVP zuzustimmen.

An der Einwohnerratssitzung wurde von mehreren bürgerlichen Exponenten für die gemeinderätliche Vorlage votiert, wobei sie immer nur die 12-Millionen-Variante in den Vordergrund stellten und die kleinere Variante unterschlugen. Diese wurde immer nur dadurch erwähnt, dass der Bürger eine Auswahl benötige.

### Wir wollen eine gute Badi

Es wurde der SP unterstellt, sie wolle keine gute Badi. Die SP möchte aber eine gute Badi – aber sicher keine mit einem auf 33 Meter verkürzten Schwimmbecken für 8,3 Millionen Franken. Aus diesem Grund wurden die Rückweisung und die Neuvorlage mit einer neuen, günstigeren und beheizten 50-Meter-Variante gefordert.

Ausserdem soll versucht werden, den Zeitplan einer Neueröffnung im 2024 einzuhalten. Dies ist sicher eine ambitionierte Forderung, ist aber aus Sicht der SP-Fraktion möglich und sollte unbedingt versucht werden. Die SP wird sich auf jeden Fall für eine gute Lösung mit aller Kraft einsetzen.

Einwohnerratssitzung  
der SP Thayngen